

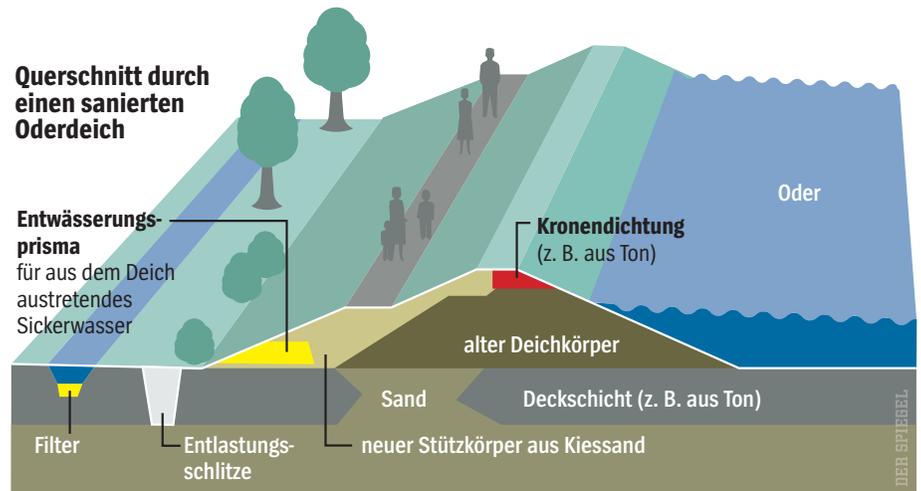
HOCHWASSER

## Nicht ganz dicht

Aufgrund des Oder-Hochwassers im Osten Brandenburgs verschärft sich die Kritik an den Wasserschutzmaßnahmen der letzten Jahre. Zwar investierte das Land seit der Jahrhundertflut 1997 rund 220 Millionen Euro in die Sanierung der Deiche. Trotzdem werden immer noch rund zehn Prozent der knapp 170 Kilometer langen Strecke an der Grenze zu Polen von Deichen geschützt, die zum Teil in den fünfziger und sechziger Jahren gebaut wurden. Umweltschützer bemängeln zudem, dass nach 1997 die Einrichtung von 6000 Hektar natürlicher Überflutungsflächen angekündigt worden sei, jedoch nur 60 Hektar realisiert wurden. Millionen Euro, so der Hochwasserschutz-Experte des BUND, Winfried Lücking, seien in rein technische Schutzmaßnahmen wie Deichverstärkungen und Uferbefestigungen geflossen. Dies suggeriere den Anwohnern zwar mehr Sicherheit, erhöhe aber die Gefahr stärkerer und höherer Flutwellen am Unterlauf der Flüsse. Matthias

Freude, Präsident des Landesumweltamtes in Brandenburg, weist die Kritik zurück: „Was wäre los, wenn wir die Deiche nicht dicht gemacht, sondern auf Planfeststellungsverfahren gewartet hätten, um die Deiche zurückverlegen zu können?“ Solche Verfahren brauchten 10 bis 15 Jahre. Die neuen Deiche haben sogenannte Flächenfilter. Sie saugen das Wasser ähnlich wie eine Windel auf und leiten

es weiter. So wird der Deich davor geschützt, durchzuweichen und instabil zu werden. Dass zwei rund fünf Kilometer lange Abschnitte unsaniert bleiben, liegt auch an zahlreichen Einwendungen von Anwohnern und Naturschützern, die sich zum Beispiel um den Lebensraum von Bibern sorgen. Hinzu kommt, dass man im Winter und auch bei harmloserem Hochwasser nicht bauen kann.



KATHOLIKEN

## Bischof fordert neue Moral der Kirche

Noch sind sie unter den 26 amtierenden Bischöfen in Deutschland offenbar in der Minderheit: jene höchsten Amtsträger der katholischen Bistümer, die wie der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick (SPIEGEL 19/2010) dem Ruf der Gläubigen nach grundsätzlichen Veränderungen nachzugeben bereit sind. Doch nun schlägt sich Bischof Franz-Josef Bode aus Osnabrück auf die Seite der Erneuerer und fordert gegenüber dem SPIEGEL „ein neues Miteinander in der Kirche: von Priestern und Laien, von Männern und Frauen“. Die Kirche brauche jetzt „ein Klima der Offenheit“, damit sie „nicht zu einem ‚geschlossenen System‘ wird, das sich nur noch um sich selbst dreht“. Bode will in seinem Bistum zu einer Klausur aller verantwortlichen Gremien einladen – und einen Dialog eröffnen „zwischen Glauben und Wissenschaft“. Dabei solle es unter anderem um eine „sich neu an der Lebenswelt der Menschen orientierenden Moral und Ethik“ gehen.



Bode

Autorität und Macht in der Kirche, so Bode, sollten künftig eine „radikal dienende Funktion“ haben, denn „in einem unfreien und undurchsichtigen Klima werden Missbräuche von Macht und körperlicher Missbrauch begünstigt“. Auch der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke spricht sich für „eine mutige und angstfreie Klärung der offenen Fragen“ aus – schließlich stehe die Kirche in Deutschland „in einer ungemütlichen Ecke“. Wie groß der Druck von der Basis inzwischen geworden ist, zeigt die Einrichtung eines „Dialog-Telefons“ im Freiburger Erzbistum des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch. Anrufer sollen dort „Verbesserungsvorschläge“ und „Hinweise“ geben, wie die Kirche wieder „attraktiv“ werden könne. Zollitschs Begründung für die Krisen-Hotline: „Das Erzbistum will mit Zweifelnden und auch mit jenen emotional Aufgewühlten in Kontakt bleiben, die aus der Kirche ausgetreten sind.“

ATOMKRAFT

## Kampf um die Laufzeit

Der Vorstoß von Angela Merkel, die Entscheidung über den Atomausstieg auf diese Woche vorzuziehen, regt die Kreativität der Stromkonzerne an. Die Kanzlerin will an diesem Freitag mit den Ministerpräsidenten der fünf Länder, in denen Atomkraftwerke stehen, über die Verlängerung der Laufzeiten beraten. In der Industrie kursiert bereits ein Vorschlag, wie diese Verlängerung faktisch unumkehrbar gemacht werden könnte. Kern des Modells wäre es, die Forderung der Politik nach einer Beteiligung an den zusätzlichen Gewinnen aufzunehmen – und in einen Hebel zur Durchsetzung der eigenen Interessen umzuwandeln. Die Atomkonzerne würden demnach dem Bund ihren für die Förderung alternativer Energien gedachten Gewinnanteil nicht direkt überweisen. Stattdessen soll die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) das Geld vorfinanzieren. Die Stromkonzerne würden das Darlehen dann jährlich aus ihren Atom-Gewinnen abtrottern. Sollte eine Nachfolgeregierung mit Beteiligung von SPD oder Grünen die Laufzeiten später wieder verkürzen, müsste sie die finanzielle Altlast bei der KfW selbst abtragen – weil dann die Geschäftsgrundlage für weitere Gewinnabtritte entfielen.